

Mein Erinnern für die Zukunft

Kilian Franer

Im Sommer 2006 fuhr ich gemeinsam mit meiner Frau Andrea – die damals beruflich bedingt in einer Wohnung in Mödling lebte, von dort – mit dem Auto in den Urlaub nach Kroatien. Als wir nach gut zwei Wochen wieder zurückkehrten und das Gepäck aus dem Wagen ausluden, fiel mir auf, dass sich auf dem Gehsteig vor dem Haustor etwas verändert hatte: Es waren dort einige kleine Messingplatten angebracht worden. Auf jeder einzelnen standen der Name eines Menschen und ein Geburts- und ein Sterbedatum bzw. ein darüber hinausgehender Text. Alle waren sie in der Zeit zwischen 1938 und 1945 ums Leben gekommen. Etwa war hier zu lesen: „Hier wohnte Ferdinand Diamant, Jg. 1871, deportiert am 14. 7. 1942 nach Theresienstadt, gestorben 1942.“ Anhand dieser Daten wurde mir schlagartig klar: Hierbei handelt es sich offensichtlich um Opfer des Nationalsozialismus. Und die Gedenksteine waren erst ganz frisch angebracht worden. Dieser Sachverhalt bewegte mich sehr, denn zuvor war ich nie auf die Idee gekommen, dass auch hier in dieser wohlhabenden, friedlichen und sauberen Stadt die Nazischergeren gewütet hatten.

Ich fand die Idee faszinierend, auf diese Weise der unschuldigen Opfer dieses grausamsten aller Regimes, die es hierzulande je gegeben hatte, zu gedenken. Denn schon lange hatte mich der Gedanke bewegt, dass es das Mindeste wäre, was man für diese entrechteten und gequälten unschuldigen Menschen tun konnte, ihnen namentlich und dauerhaft eine Art Denkmal zu errichten. Hatten die NS-Täter auch deren Leben ausgelöscht, so sollte doch die Erinnerung an jeden einzelnen dieser Menschen erhalten bleiben – dem braunen Unrechtsregime zum Trotz.

In den nächsten Wochen war ich, immer wenn ich nach Mödling kam, mit den Gedenktafeln konfrontiert. Ich begann zu recherchieren, wer diese Tafeln gesetzt hatte und aus welchen Gründen und mit welchen Mitteln – zuerst im Internet und dann auch persönlich und in Telefonaten.

Im Jahr zuvor – 2005 – war ich zum Vorsitzenden der Kulturkommission der Bezirksvertretung des 6. Wiener Gemeindebezirks – Mariahilf – gewählt worden. Kurz danach hatte mir mein Amtsvorgänger, Erich Dimitz, von einer Liste berichtet, zu der er über das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes gekommen wäre und in der die Namen aller Opfer der Nationalsozialisten in Mariahilf festgehalten wären. Und über eine zweite Liste, in der alle Enteignungen und Raubopfer der Nazis in Mariahilf dokumentiert wären. Mich brachte das auf die Idee, die (erste) Liste dazu zu nutzen, den Mariahilfer Naziopfern ein bleibendes Andenken zu setzen. Nicht nur vereinzelt – wo sich GeldgeberInnen dafür fanden – sollte der Ermordeten gedacht werden, sondern flächendeckend im ganzen Bezirk für alle NS-Opfer.

So entwickelte sich meine Absicht, dass der Bezirk als erste „Gemeinde“ in ganz Österreich allen seinen Opfern ein Denkmal setzen sollte, als offizielles und nachhaltiges Andenken. Ich begann Informationen über die Kosten eines solchen Projekts einzuholen. Als Erstes kontaktierte ich Günther Demnig¹, den in Deutschland lebenden Schöpfer der Mödliner Objekte. So entstand die erste Kostenschätzung für das Projekt. Danach suchte ich mögliche Geldquellen, um die Kosten dafür aufbringen zu können. Als Vorsitzendem der Kulturkommission bot sich für mich der Bezirk als eine der Quellen an. Allerdings mir war klar, dass er allein – beim besten Willen aller Beteiligten – die Mittel dafür nicht aufbringen können würde. Also nahm ich mit dem Österreichischen Nationalfonds Kontakt auf, der als Quelle in Frage kam. Eine dritte finanzielle Säule schienen mir private Patenschaften zu sein. Mit dem

¹ www.stolpersteine.com

derart entwickelten Plan und Finanzplan konfrontierte ich meine Mit-BezirksrätInnen. Die ersten Reaktionen darauf waren geteilt, und zwar quer durch die Fraktionen. Einige waren sofort Feuer und Flamme dafür, andere hielten sich eher zurück und wieder andere äußerten Bedenken. Das Positive war aber, dass niemand grundsätzlich gegen ein solches Gedenkprojekt war. Das war für mich sehr erfreulich, denn wahrscheinlich noch zehn Jahre vorher wäre das keineswegs selbstverständlich gewesen. Die wichtigsten Bedenken betrafen die Finanzierungsmöglichkeit: Sie kumulierten in der Frage, ob in den vorliegenden Listen tatsächlich alle – oder zumindest das Gros – der Opfer erfasst worden seien, oder ob sich etwa im Laufe des Projekts herausstellen würde, dass sich die Anzahl der bekannt gewordenen Todesopfer ständig erhöhen würde.

Die Leiterin der Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes – Brigitte Bailer-Galanda – versicherte mir auf Anfrage, dass es in Mariahilf zwar möglicherweise noch mehr Opfer gegeben haben könnte, aber die meisten schon in der vorliegenden Liste erfasst worden seien. Ich hatte also das Gefühl, dass ich von einer ungefähren Anzahl von siebenhundertfünfzig Todesopfern der Nazis in Mariahilf ausgehen konnte. Außerdem war ich fest entschlossen, dass ich, wenn ich keine Zustimmung für die (Teil-)Finanzierung des Projekts durch den Bezirk bekommen würde, dieses privat und auf eigene Faust organisieren würde.

Es sollte noch ein weiterer Stolperstein zur Verwirklichung des Projekts auftauchen: Die Gedenkobjekte sollten – dort, wo es die HausbesitzerInnen gestatteten – an den Fassaden der letzten Wohnstätten im Bezirk angebracht werden. Aus der Erfahrung anderer Bezirke wusste ich, dass dies eine relativ geringe Anzahl sein würde. Deshalb musste der Großteil auf öffentlichem Grund angebracht werden. Eine Option wäre gewesen, dort auf Stangen Tafeln anzubringen. Diese Variante wäre allerdings kostenintensiver als jede andere gewesen. Als die deutlich günstigste Möglichkeit bot sich an, die Gedenkobjekte direkt in die Gehsteige einzulassen, wie eben in Mödling oder auch bei den „Steinen der Erinnerung“ Elisabeth

Hindlers in der Wiener Leopoldstadt. Sie ist im Übrigen in Wien die Pionierin dieser Form des Erinnerns an die Nazi-Opfer. Und von ihren Erfahrungen – die sie bereitwillig zur Verfügung stellte – konnte in weiterer Folge auch sehr profitiert werden. Dafür sei ihr an dieser Stelle herzlich gedankt.

Die Einbringung im Gehsteig rief nämlich auch Bedenken auf den Plan, dass es sich hier um tatsächliche Stolpersteine – im wahren Sinn des Wortes – handeln könnte. Und da Mariahilf damals schon ein „Gender-Mainstreaming“-Musterbezirk war, konnten und wollten wir solche eventuellen Hindernisse nicht errichten, nicht einmal rein verbal. Insbesondere eine Gefährdung für gehbehinderte Menschen sollte ausgeschlossen werden. Deshalb holte ich bei der „Österreichischen Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation“ (die Dachorganisation der Behindertenverbände in Österreich) ein Gutachten ein, ob zehn mal zehn Zentimeter große, im Gehsteig eingelassene Messingplatten eine Gefahr etwa für Menschen, die auf Krücken oder einen Stock angewiesen sind, darstellen könnten. Von der ÖAR wurden diesbezügliche mehrjährige Erfahrungen aus Deutschland und dort vor allem aus Berlin abgefragt, wo bereits eine Vielzahl solcher Gedenkobjekte in Gehsteigen (z. B. bei den Hackeschen Höfen in Berlin) existiert. Von dort kam Entwarnung: Eine Gefährdung oder gar ein Unfall sei dort noch nicht vorgekommen.

Die Kontaktnahme mit der „Österreichischen Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation“ kam auch im Zuge der gesamten Projektzusammenstellung zustande. Denn aus meiner Erfahrung wusste ich, dass es bei Unterfangen, die sich mit dem Faschismus bzw. mit einer antifaschistischen Zielrichtung befassten, es immer wieder zu heftigen Debatten, ja zu Streitigkeiten in verschiedenster Hinsicht gekommen war. Angefangen bei der Frage, was denn überhaupt unter Faschismus zu verstehen sei, über die Abgrenzung solcher Projekte (wessen wird schon gedacht und wessen nicht – und liegt eine sekundäre Viktimisierung vor, wenn eine solche Grenze gezogen wird?) bis hin zur Frage, ob es überhaupt legitim sei, Gedenkobjekte für Menschen, deren etwaige Nachkommen man gar nicht gefragt



Kilian Franer mit dem Zeitzeugen Leo Bretholz

hat, anzubringen, und noch dazu in Gehsteigen, wo viele PassantInnen mit den Füßen darauf treten und eventuell sogar Hunde ihre Notdurft verrichten würden.

Die hier aufgezeigten Fragen sind natürlich keine vollständige Aufzählung, sondern nur eine Auswahl der vielen, die wir uns zu stellen und zu beantworten hatten. Aus diesem Grund wurde ein Beirat für das Projekt ins Leben gerufen. Er war zusammengesetzt aus ExpertInnen und einer repräsentativen Vertretung der einzelnen Opfergruppen. Neben dem bereits erwähnten ÖAR – mit ihm sollten die VertreterInnen der behinderten NS-Opfer mit an Bord geholt werden – waren dies: die Israelitische Kultusgemeinde, das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, die Homosexuelle Initiative (HOSI) Wien, das Dokumentations- und Informationszentrum Österreichischer Roma sowie das Archiv der Erzdiözese Wien. (Die meisten der Beirats-Mitglieder sind übrigens auch mit einem Beitrag in diesem Buch vertreten.) Eine der wichtigsten Diskussionen, die in diesem Beirat geführt wurden, war, ob

es moralisch zulässig und sinnvoll sei, Gedenkobjekte in Gehsteigen anzubringen, oder ob es besser wäre, darauf zu verzichten und nur solche zu gestalten, die nicht „mit den Füßen getreten“ würden. Der Tenor war einhellig: Bei Abwägung der Fürs und Widers überwogen die Pros. Denn würde man nur solche Tafeln oder sonstige Objekte errichten, die nicht am Boden wären, könnte nur eines Bruchteils der Mordopfer gedacht werden. Oder wie es Annemarie Fenzl formulierte: „Die Objekte sind mit der Erde auf das Engste verbunden.“

Eine zweite wesentliche Frage war, ob es zu rechtfertigen sei, dass man Menschen als NS-Opfer öffentlich gedenken würde, ohne deren etwaige Nachkommen zu fragen, ob ihnen das auch recht wäre. So viel sei gesagt: Diese Frage kann nicht ein für allemal und für alle Fälle gültig und eindeutig beantwortet werden. Ein wesentliches und konstitutives Merkmal des Projekts „Erinnern für die Zukunft“ ist, dass nicht nur der – größtenteils – jüdischen Opfer gedacht wird, sondern aller Opfer des NS-Terrors: behinderte Kinder, politisch Andersdenkende, GewerkschafterInnen, Homosexuelle, Wehrdienstverweigerer, religiöse Menschen und Roma bzw. Sinti. Insbesondere bei Homosexuellen, in einer gewissen Hinsicht aber auch bei Verweigerern des Dienstes für den Angriffskrieg in der deutschen Wehrmacht, ist es tatsächlich ein ethisches Problem, ob diese Menschen nachträglich quasi „geoutet“ werden sollen, ohne ihre Nachkommen um Erlaubnis zu bitten. Glücklicherweise waren wir in unserem Gedenkprojekt aber nie mit einem konkreten Fall konfrontiert und mussten diese Frage nur abstrakt diskutieren. Kein einziger Fall eines homosexuellen Opfers ist uns im Zuge der Recherche bekannt geworden. Was aber keineswegs heißt, dass es solche nicht gegeben hatte. Aber sie auszuforschen war eben nicht möglich. Ähnliches gilt auch – mit gewissen Einschränkungen – für die Wehrdienstverweigerer: Die wenigen bekannt gewordenen Fälle wurden allerdings durch die VertreterInnen der Opfergruppen selbst an unser Projekt herangetragen und somit war durch diese bereits die moralische Legitimität der Veröffentlichung authentisch geprüft. Obendrein wurde im Zuge unseres Projekts auch nie der

Grund der Verfolgung angegeben, was ja eine neuerliche Diskriminierung der Opfer darstellen würde. Für praktisch alle anderen Opfer konnten wir in Übereinstimmung mit dem Beirat davon ausgehen, dass die nachhaltige Erinnerung ein moralisch weitaus höheres Gut wäre, als wenn man versuchte, etwaige Nachkommen eines jeden einzelnen Opfers – die weit über die Welt verstreut leben – zu finden und zu befragen, ob ihnen ein Gedenken an die jeweiligen Person recht wäre. Eine solche Vorgehensweise hätte eines exorbitant höheren Aufwandes bedurft und mitunter mehr Fragen offen gelassen als beantwortet (z.B. welcher Verwandte ist rechtlich und/oder moralisch legitimiert, verbindlich solche Erklärungen abzugeben, abgesehen davon, dass sich die Nachforschungen über viele Jahre hinweg gezogen hätten und sich z.B. bei Nichtantworten von Angehörigen überhaupt eine Blockade des Projekts ergeben hätte). In diesem Zusammenhang sei auch an ein Zitat eines österreichischen Ministers zur Frage der Entschädigung von jüdischen NS-Opfern im Protokoll des Ministerrats der damals noch jungen Zweiten Republik erinnert: „Ich bin dafür, es auf die lange Bank zu schieben.“ Dafür war weder ein Mitglied des Beirats noch ich persönlich. Kurz – auf diese Weise wäre das Projekt zum Scheitern verurteilt gewesen. Bis dato ist auch kein einziger Fall bekannt geworden, dass Angehörige mit einem Erinnerungsobjekt nicht einverstanden gewesen wären. Grundsätzlich sollte dieser Frage allerdings weiterhin Augenmerk geschenkt werden, eventuell im Rahmen einschlägiger wissenschaftlicher Veranstaltungen und Arbeiten.

Eine gewichtige Kritik am Projekt – die auch vom Generalsekretär der Israelitischen Kultusgemeinde vorgetragen wurde – ist völlig berechtigt: Ein Gedenken in diesem Umfang, von offiziellen Stellen initiiert, hätte schon viele Jahre vorher erfolgen sollen. Auch ich teile diese Meinung. Viel zu lange wurde der Mythos unseres Landes als erstes Opfer Hitlers vom offiziellen Österreich kultiviert. Die Versäumnisse der Generation vor uns sind weder zu entschuldigen, noch können wir die Verantwortung für sie übernehmen. Persönlich kann ich dazu nur feststellen, dass ich zuvor nicht die

Möglichkeit gehabt hatte, das Erinnern an die Naziopfer in einem solchen Umfang zu realisieren. Sobald sie sich mir bot, habe ich sie ergriffen. Außerdem glaube ich, dass es weitaus besser ist, ihrer spät zu gedenken als nie. Das ermöglichte es immerhin, noch einige wenige Überlebende dieser Zeit zu Wort kommen zu lassen – wie z.B. Walter Stern, der nicht nur auf einer unserer Veranstaltungen von seinem Schicksal erzählte, sondern auch mit einem Beitrag in diesem Buch vertreten ist.

Doch zurück zur Entstehung des Projekts selbst: Es war, vor allem zu Beginn, von dem einen oder anderen Missverständnis begleitet. So gab es noch vor dem offiziellen Projektstart die Privataussendung eines wohlmeinenden Aktivisten. Diese rief eine große Zahl von Interessierten auf den Plan, die ihre künstlerischen und kulturellen Beiträge – in der Regel gegen Bezahlung – untergebracht wissen wollten. Wir hatten einige Zeit alle Hände voll damit zu tun, das Projekt wieder in geordnete Bahnen zu lenken. Aber letztlich konnte das dem Projekt auch nicht wesentlich schaden und die Initiative ins Positive gekehrt werden.

Eine sehr wichtige Rolle dabei spielte der erwähnte ExpertInnen-Beirat. Denn durch die moralische Autorität der darin vertretenen Personen konnten Entscheidungen so getroffen werden, dass sie aus dem politischen Tagesstreit herausgehalten werden konnten. Letztlich ist es in vielen Gesprächen und Debatten gelungen, Verbündete für die Idee des Projekts „Erinnern für die Zukunft“ zu gewinnen, und auch jene, die Bedenken hatten, von der Sinnhaftigkeit und Realisierbarkeit des Projekts zu überzeugen. Nicht unerwähnt soll hier bleiben, dass das Projekt im Bezirksparlament mit den Stimmen aller Fraktionen beschlossen worden ist. Dies war von Anfang an keineswegs zu erhoffen bzw. abzusehen gewesen.

Da sich das Projekt eben nicht nur mit den Opfern der Nürnberger Rassengesetze beschäftigte, verdienen noch die durch die Nazis zu Tode gekommenen behinderten Kinder – die sogenannten Kinder vom Spiegelgrund – besondere Erwähnung. Durch die Recherchen von Frau Elfriede Tozzer, die im Wesentlichen auf der Studie von

Waltraud Häupl² aufbauten, und ihre komplette Durchsicht der Spiegelgrund-Akten im Wiener Stadt- und Landesarchiv konnten die Namen von zwölf getöteten behinderten Kindern aus Mariahilf aufgefunden werden, deren auf Grund dieser Nachforschungen gedacht werden konnte.

Die Vorbereitungen zur systematischen Vernichtung behinderter Kinder liefen in Deutschland (und dem 1938 annektierten Österreich) seit 1939. Getarnt als „Reichsausschuss zur wissenschaftlichen Erfassung erb- und anlagebedingter schwerer Leiden“, wurden ab August 1939 Ärzte und Ärztinnen sowie Hebammen dazu verpflichtet, sämtliche Fälle von physischer Behinderung und psychischer Erkrankung zu melden. Mit der Auflage der völligen Geheimhaltung veranlassten die derart informierten Gesundheitsämter in der Folge die Einweisung der Betroffenen in sogenannte „Kinderfachabteilungen“, um sie dort gezielt zu töten: „Im gesamten Deutschen Reich existierten mindestens 30 dieser getarnten Tötungszentren.“ 1940 wurde unter demselben Titel der „Kinderfachabteilung“ in der Heil- und Pflegeanstalt Steinhof, als „Wiener städtische Jugendfürsorgeanstalt Am Spiegelgrund“ getarnt, ein derartiges Tötungszentrum eingerichtet. Dort wurden im Pavillon 15 zwischen 25. August 1940 und 3. Juni 1945 mindestens 789 Kinder und Jugendliche gezielt getötet.³ Eine besonders schlimme Rolle spielte in diesem Zusammenhang der bis in die 90er Jahre des 20. Jahrhunderts als Gerichtsgutachter aktive Wiener Psychiater Dr. Heinrich Gross.

Manch einer wird sich vielleicht denken: Was hat das alles mit dem Autor zu tun? Nun, ich bin von der sogenannten „Gnade der späten Geburt“, Jahrgang 1952 und in Wien-Brigittenau aufgewachsen. In meiner Kindheit waren dort noch deutlich die Spuren des damals erst vor wenigen Jahren zu Ende gegangenen Kriegs zu se-

hen, inklusive der Anwesenheit der Besatzungssoldaten. Das war sicher ein Anlass für mich als Kind, meiner Mutter immer wieder Fragen zu stellen. Sie war eine einfache „unpolitische“ Frau – zuerst Hilfsarbeiterin, dann Hausfrau –, die mir bereitwillig viele Geschichten aus ihrem Leben während des Dritten Reichs, aber auch davor erzählte: über ihre Schulzeit in der Leopoldstadt und die vielen jüdischen Mitschülerinnen, die dann „verschwanden“. Da war aber auch noch in unserer Nachbarschaft eine Dame, von der mir meine Mutter erzählte, dass sie als Jüdin im KZ gewesen sei; in ihrem Unterarm war noch immer die eintätowierte Nummer zu sehen. Mein Vater, ein kleiner Handwerker, war – was sein Erleben während der Nazizeit, inklusive der kurzen Wehrdienstzeit bei der deutschen Wehrmacht, und die darauf folgende Kriegsgefangenschaft betraf – ziemlich schweigsam. Beide waren sie zeitlebens SympathisantInnen der Sozialdemokratie. Mein einziger Großelternanteil, den ich noch als Jugendlicher und junger Erwachsener erlebte, war meine Großmutter väterlicherseits – auch sie war Hilfsarbeiterin gewesen. Und sie war eine begnadete Geschichtenerzählerin. So gab sie mir und meiner Schwester unter anderem des Öfteren die Geschichte über meinen Vater und die SS wieder. In der Schule sei sie darauf angesprochen worden, dass sie ihn in die Napola – die SS-Ausbildungsschule – schicken sollte, weil er doch ein solch blonder und blauäugiger guter deutscher Junge gewesen wäre. Doch meine Großmutter – als Alleinerziehende – lehnte das ab: „Meinen Buben bekommt ihr nicht“, war ihre einfache, aber klare Antwort. Und weder sie noch mein Vater hatte dadurch Schaden genommen. Diese kleine Episode zeigt auf, dass man während des Dritten Reichs durchaus auch „Nein“ sagen konnte, vorausgesetzt, man hatte die Zivilcourage dazu. Für mich war und ist meine Großmutter – auch sie war keine „Politische“ im engeren Sinn – zeit meines Lebens ein Vorbild des Alltags-Antifaschismus.

Meine andere Verwandtschaft war gespalten: in Kommunisten einerseits und ehemalige Nazis andererseits. Durch den kommunist-

² Waltraud Häupl, Die ermordeten Kinder vom Spiegelgrund – Gedenkdokumentation für die Opfer der NS-Kindereuthanasie in Wien, Böhlau Verlag, Wien 2006

³ Petra Unger, Dokumentation – Rundgänge: Die Verschwundenen Frauen von Mariahilf, Wien 2008